

Populistische Narrative der Energiewende und die Zukunft der Demokratie

Fritz Reusswig, Wiebke Lass und Seraja Bock

Energiewende: Zukunftsaufgaben als Gegenwartskonflikte

Mit dem Ukraine-Krieg seit Frühjahr 2022 und den damit verknüpften wechselseitigen Sanktionen zwischen dem Westen und Russland ist die weltweite Energie- und Klimapolitik in eine neue, kritische Phase eingetreten, die durch massive Ambivalenzen und Risiken gekennzeichnet ist. Sie betreffen nicht zuletzt auch die deutsche Energiewende. Dem antiken Begriffsverständnis nach sind Krisen Zeiten, in denen sich entscheidet, ob ein erkrankter Organismus gesund wird – oder ob sich sein Zustand verschlechtert und die Krankheit zum Tode führt (vgl. Hippokrates 1955). In dieser Situation befindet sich die deutsche Energiewende gegenwärtig: Sie kann aufgrund der Kriegsfolgen einen Schub erfahren und zum Konsensprojekt einer beschleunigten Dekarbonisierung werden, sie kann aber auch an den damit verknüpften internationalen und nationalen Problemen und Konflikten scheitern. In jedem Fall führen die anstehenden Zukunftsaufgaben zu massiven Gegenwartskonflikten.

Energiepolitik war in Deutschland über lange Phasen ein umkämpftes, gleichwohl nicht immer zentrales Politikfeld (vgl. Haas/Neupert-Doppler in diesem Band). Der Wiederaufbau der deutschen Kohle- und Stahlindustrie stellte nach dem Zweiten Weltkrieg einen wichtigen Baustein der europäischen Integration dar, war aber innenpolitisch kaum umstritten und wurde weitgehend im politischen Konsens umgesetzt (vgl. Gillingham 1991). In Westdeutschland deutlich kontroversere Themen waren die Wiederbewaffnung und die Integration in das westliche Militärbündnis (vgl. Kraushaar 2020; Schubert 2010). Der Verzicht auf eigene Atomwaffen wurde verknüpft mit der sehr zukunftsoptimistisch gerahmten *friedlichen Nutzung der Kernenergie*. Protest dagegen blieb weitgehend auf Intellektuellenkreise beschränkt (vgl. Eckert 1989; Lorenz 2011; Radkau 1983). Ein breiterer gesellschaftlicher Konflikt um die Atomenergie, der von der Anti-Atom-Bewegung jegliche Zukunftsfähigkeit abgesprochen wurde, begann in den 1970er Jahren (vgl. Kitschelt 1980) und beherrschte die energiepolitische Debatte in der Bundesrepublik seitdem in unterschiedlicher Intensität. Die Versuche, eine Befriedung etwa durch einen *Bürgerdialog Kernenergie* (1975-1977) zu erreichen, scheiterten ebenso

wie verschiedene Enquete-Kommissionen – nicht zuletzt aufgrund der polarisierenden Wirkung der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986 (vgl. Fishedick 1998; Mez 1997). Es war dann die Reaktorkatastrophe von Fukushima 2011, die mit der Abkehr von der Kernenergie eine erneute *Energiewende* brachte; diesmal explizit unter dem Vorzeichen des anthropogenen Klimawandels, der seit der Umweltkonferenz in Rio 1992 auch die energiepolitische Diskussion prägte (vgl. Weingart/Engels/Pansegrau 2002).¹ Die Besonderheit der deutschen Energiewende liegt seitdem in der Verkoppelung von Klimapolitik und Atomausstieg, also dem gleichzeitigen Verzicht auf nukleare und fossile Stromerzeugung.

Wechselnde Koalitionen standen seit 2011 hinter den Zielen dieser Energiewende, die mit fortschreitendem Klimawandel immer dringlicher wurde. Angesichts vielfältiger Umsetzungsprobleme und Differenzen auch zwischen den Bundesländern kann die Energiewende gleichwohl keineswegs als politisches Konsensprojekt betrachtet werden (vgl. Chemnitz 2018). Eine große Mehrheit der Bevölkerung unterstützt die Energiewende grundsätzlich, aber es kommt immer wieder zu lokalen Protesten. Außerdem sind viele Menschen mit der Umsetzung der Energiewende unzufrieden (vgl. Wolf/Fischer/Huttarsch 2021). Mit dem Regierungswechsel zu einer sogenannten Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP nach der Bundestagswahl 2021 hat die deutsche Energie- und Klimapolitik deutlich an Fahrt aufgenommen. Ambitioniertere Ziele und Maßnahmen, die auf eine Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien hinauslaufen, wurden im ersten Halbjahr 2022 beschlossen. Konflikte etwa mit Naturschutzverbänden dürften zunehmen.

Dies alles vollzieht sich vor dem Hintergrund zweier potenziell konfliktverschärfender Entwicklungen: dem Aufkommen des organisierten Rechtspopulismus in Deutschland und Europa zum einen, und den Folgen des Ukraine-Krieges zum anderen. Letztere sind Mitte des Jahres 2022 noch nicht vollständig absehbar, aber erste Trends lassen sich erkennen (vgl. Pepe 2022; Westphal 2022). Erstens bekommt der Ausbau der Erneuerbaren aufgrund der politischen Abschottung Russlands eine erhöhte, nunmehr geopolitisch motivierte Dringlichkeit. Diese kann stärker in Richtung nationale Autarkie, aber auch in Richtung europäische Vernetzung ausbuchstabiert werden. Zweitens aber führt das rasche Absenken der Importe fossiler Energieträger aus Russland dazu, dass kurzfristig fossile Alternativen gesucht werden – vom Import umweltschädlichen Fracking-Gases bis hin zur Laufzeitverlängerung von Braunkohlekraftwerken. Auch eine Laufzeitverlängerung von eigentlich im Jahr 2022 abzuschaltenden Kernkraftwerken wird von einigen Stimmen der Ampelkoalition gefordert.

Diese energiepolitische Konfliktlinien werden durch das Aufkommen des Rechtspopulismus in Deutschland, der mit der Partei Alternative für Deutschland (AfD) seit 2013 einen politischen Kondensationskern gefunden hat, auf gesellschaftspolitischer Ebene nochmals verschärft. Zusammen mit anderen populistisch argumentierenden Akteur:innen wendet sich die AfD grundsätzlich gegen Klimapolitik und Energiewende, und bietet auch vielen lokalen Protestinitiativen vor Ort diese ihre Fundamental-

1 Der Begriff der Energiewende ist zwar durch diese Entscheidung populär geworden, wurde aber schon im Jahr 1980 von einer Studie des Öko-Instituts genutzt (vgl. Di Nucci/Müschien 2018; Krause/Bossel/Müller-Reissmann 1980).

opposition in Gestalt von Argumentations- und Organisationshilfen an (vgl. Reusswig/Küpper/Rump 2021).

Ob das theoretisch denkbare Szenario einer populistischen Blockade der deutschen Energiewende im Zuge der energiepolitischen Verwerfungen des Ukraine-Kriegs Wirklichkeit wird, hängt von einer Reihe von Faktoren ab. Im vorliegenden Beitrag liegt der Schwerpunkt auf dem Einfluss des Rechtspopulismus, weshalb zunächst die populistischen Narrative und Akteure in der Energiewende kurz charakterisiert werden. Im Anschluss werden mögliche Folgen für die Energiewende skizziert, bevor abschließend die Rolle einer demokratischen Konfliktkultur für die Zukunft der Energiewende umrissen werden soll.²

Populistische Narrative und Akteure der Energiewende

Die Populismus-Forschung hat sich in relativ kurzer Zeit von einem Nischenthema zu einem schwer überschaubaren Hauptzweig der Sozialwissenschaften, allen voran der Politikwissenschaften, entwickelt. Als *populistisch* bezeichnen wir Parteien und Bewegungen, aber auch Ideologien, Diskurse, Strategien des Machterwerbs oder Einstellungen von Personen. Bei allen Unterschieden konvergieren viele Definitionsversuche des Populismus doch darin, dass es zwei Kerndimensionen sind, die ihn ausmachen: Elitenkritik und Antipluralismus (vgl. Canovan 1981; Lewandowsky 2017; Mudde 2004; Mudde/Kaltwasser 2012; Müller 2016; Priester 2012; Priester 2017; Rucht 2017):

- a) Das erste Kernelement, die Elitenkritik, besteht in der Unterscheidung zwischen dem ›guten‹ oder ›moralisch reinen‹ Volk und einer abgehobenen, korrupten (politischen) Elite, die sich vom Gemeinwohl verabschiedet habe, im Kern eigenen Interessen diene und dies als alternativlose Politik ›verkaufe‹. Die oft ebenfalls als ›gekauft‹ charakterisierten Massenmedien (›Lügenpresse‹) werden dabei als Erfüllungsgehilfen bezeichnet, die mit ihren ideologisch verzerrten Nachrichten das Volk manipulierten. Elitenkritik ist keineswegs ein Prärogativ des Populismus, sie kann auch unter anderen politischen oder ethischen Vorzeichen erfolgen und verschiedene gesellschaftliche Eliten treffen (vgl. Bohlken 2011). Die populistische Elitenkritik fokussiert nahezu ausschließlich auf die politischen und medialen Eliten und gewinnt ihre Maßstäbe nicht aus universalisierungsfähigen Prinzipien, sondern aus einer angemessenen Deutungsmacht dessen gegenüber, was als ›wahrer Volkswille‹ oder Wille der ›moralischen Mehrheit‹ ausgegeben wird.
- b) Das zweite Kernelement des Populismus, der Antipluralismus, besteht in der Unterscheidung zwischen einem ebenfalls guten ›Wir‹ und den ›Anderen‹, wobei die

2 Der vorliegende Beitrag basiert auf Ergebnissen eines Forschungsvorhabens, das unter der Leitung des PIK vom Institut für Demokratieforschung der Universität Göttingen, der Universität Siegen, der Fachhochschule Niederrhein, dem Institut für angewandte Nachhaltigkeitsforschung (IASS) Potsdam und dem Institut Raum und Energie (Wedel) gefördert durch die Mercator-Stiftung durchgeführt wurde (www.demokon.de).

»Anderen« nicht einfach die korrupten Eliten sind, sondern eine interne Differenzierung im empirischen (Wahl-)Volk bezeichnen – damit also nicht die vertikale (hierarchische), sondern die horizontale (egalitäre) Ebene angesprochen wird (vgl. Ostiguy/Casullo 2017). Denn ungeachtet der Annahme eines »moralisch reinen« Volkes finden sich nach dieser Perspektive in der Gesellschaft stets Gruppen, die davon abweichende Einstellungen und Interessen haben – und auf deren Zustimmung sich die regierenden Eliten oft auch stützen können. Das Volk wird demnach Opfer einer Allianz von politischem Establishment und gesellschaftlichen Minderheiten, und das Volk wird nicht nur durch das Establishment, sondern auch durch »kulturell Fremde« in seiner Souveränität bedroht. Je nach politischer Ausrichtung können diese Anderen also Migrant:innen, »wohlhabende urbane Ökologen«, »feministische Aktivist:innen«, »Gutmenschen« aller Art, das »internationale Finanzkapital« oder die »jüdische Weltverschwörung« sein.

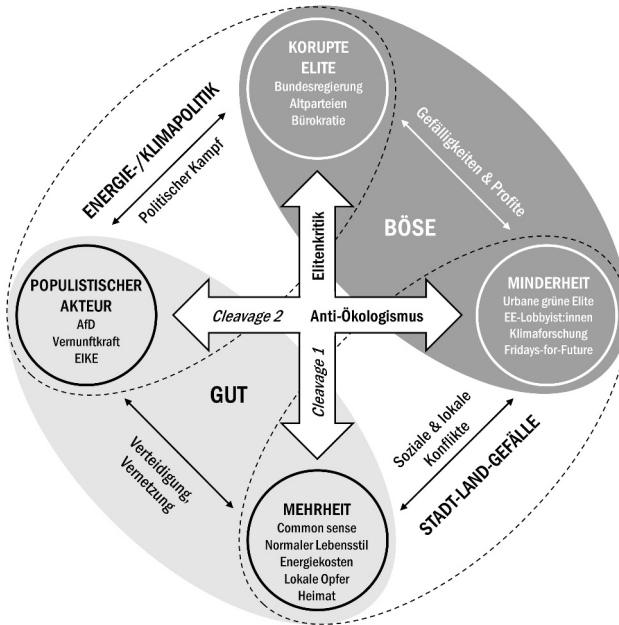
Im Kontext von Energie- und Klimapolitik werden diese Grunddimensionen von rechtspopulistischen Akteuren themenspezifisch ausbuchstabiert. Die AfD gilt als politischer Kristallisationskern des deutschen Rechtspopulismus – mit personellen und programmatischen Überschneidungen zum Rechtsextremismus (vgl. Häusler 2016; Pfahl-Traugber 2019). Wie sich rechtspopulistische Parteien in diesem Politikfeld verorten, ist interessanterweise nicht *a priori* ausgemacht. Die verschiedenen Spielarten des (Rechts-)Populismus lassen auch hier unterschiedliche Positionen zu, die u.a. durch die spezifische energiepolitische Situation eines Landes oder auch die Position der populistischen Partei im politischen System bzw. im Politikzyklus (Opposition – Regierungsbeteiligung – Alleinregierung) moderiert wird (vgl. Huber/Fesenfeld/Bernauer 2020; Huber et al. 2021). Die deutsche AfD und die österreichische FPÖ etwa – in vielen Punkten von der politischen Programmatik her durchaus vergleichbar – weisen sehr unterschiedliche Einstellungen bezüglich des Ausbaus erneuerbarer Energien auf: Während die FPÖ vehement dafür ist und dies als nationale Autarkie rahmt, ist die AfD klar dagegen und betont die angeblich hohen Kosten (vgl. Schaller/Carius 2020).

Die nachfolgende Darstellung kann also nicht für *den* Populismus allgemein sprechen, sondern bezieht sich allein auf den deutschen Rechtspopulismus und dessen besondere Haltung zu Klimapolitik und Energiewende (vgl. Radtke et al. 2019; Reusswig/Lass/Bock 2020; Sommer et al. 2022; Sturm 2020).

Auch in diesem Politikfeld gibt es eine vertikale und eine horizontale Konfliktlinie (*Cleavage*):

- Der vertikale Konflikt (*Cleavage 1*) verläuft zwischen der Elite und der »Mehrheit« des Volkes. Die deutsche Energiewende wird als ein Projekt der politischen Elite angesehen, die sich vom Willen des Volkes abgewendet hat, diesem Volk sogar neue Härten zumutet; in Form hoher Subventionen für Erneuerbare Energien, höherer Kosten und »geopferter Landschaften« (vgl. Etscheid 2016) – insbesondere der ländliche Raum wird als »Opferregion« der Energiewende dargestellt. Die moralische Mehrheit wird im klima-/energiepolitischen Kontext verkörpert von denjenigen, die einen »normalen Lebensstil pflegen, und deren Recht auf Fleischkonsum, Diesel-

Abbildung 1: Basisdimensionen des energie- und klimapolitischen Weltbildes rechtspopulistischer Akteure



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Reusswig et al. (2021).

auto und Flugreisen nachdrücklich gegen klimapolitisch motivierte Ansprüche auf Verhaltensänderungen verteidigt wird (vgl. Eversberg 2017 sowie den Beitrag von Eversberg in diesem Band).

- Auf der horizontalen Ebene (Cleavage 2) stehen sich der populistische Akteur und die gesellschaftliche »Minderheit« gegenüber. Damit wird der *politische* Konflikt zwischen populistischen Akteuren und der politischen Elite (Cleavage 1) in einer zweiten Konfliktlinie gespiegelt durch einen *sozialen* Konflikt zwischen der moralischen Mehrheit des »normalen« Volkes und der moralischen Minderheit, die sich (idealtypisch gesprochen) aus meist urbanen grünen Milieus, Fridays for Future Aktivist:innen, Lobbyist:innen der Erneuerbaren-Energien-Branche und Klimaforforschung zusammensetzt. Ihre ökologischen Ansprüche werden vom Populismus gleich doppelt kritisch markiert: Zum einen als eine Art Lebensstil-»Fremdkörper« im Volk, der sich durch als sinnlos oder deutlich übertrieben wahrgenommene Abhebung vom »normalen Lebensstil« präsentiert. Veganismus, Vegetarismus, Flugscham oder Bioprodukte können hier als Analogon zur als völlig übertrieben oder gar pervers wahrgenommenen Betonung von ethnischer oder Gender-Diversity im Bereich von Identitätspolitik gewertet werden (vgl. Zick/Küpper 2021). Zum anderen wird von populistischer Seite gerne auf die »Scheinheiligkeit« urbaner grüner Milieus hingewiesen: Sie fordern den ökologischen Verzicht der »normalen Leute«, gönnen sich aber heimlich ihre eigenen Flugreisen zu Klimakonferenzen oder »hip-

pen« Reisezielen in aller Welt.³ Es handelt sich auch im Energiewende-Populismus also um ›moralisch minderwertige« oder auch ›böartige« soziale *Minderheiten*, wie sie für das populistische Weltbild typisch sind (vgl. Ostiguy/Casullo 2017).

Der Vorwurf an die politische Elite lautet in diesem Politikfeld: Die Politik hat sich der ›Klimahysterie« gebeugt, die von einer unheiligen Allianz aus Klimaforschung, *grün* angestrichenen urbanen Milieus und den ökonomischen Profiteuren einer Energiewende massenmedial wirksam inszeniert wurde, obwohl der wissenschaftliche Forschungsstand zum Klimawandel, wenn man ihn genau (und das heißt aus populistischer Sicht: anders als der Weltklimarat IPCC) betrachtet, das alles gar nicht hergibt.

Mit Klimaschutz und Energiewende wird laut AfD ›ein ganzes Land dem links-grünen Zeitgeist zum Fraß vorgeworfen«, wofür die ›grünen Einheitsparteien« verantwortlich sind:

»Wohlstand und Natur sind heute massiv gefährdet durch eine Grüne Politik, der sich alle etablierten Parteien unterschiedslos verschrieben haben. Auf Grundlage der nicht bewiesenen Hypothese eines allein menschengemachten Klimawandels wird unsere Industrie planwirtschaftlich umgebaut, gewachsene Kultur- und Naturlandschaften werden rücksichtslos zerstört sowie unsere Freiheiten beschnitten. Dieser radikale Umbau unserer Heimat wird das Klima der Welt nicht ändern, aber unsere sowie die Zukunft unserer Kinder massiv beeinflussen.« (AfD 2022a)

Mit ihrer Forderung nach einer Umweltpolitik »des Maßhaltens und der Vernunft« (ebd.) (auch als Politik des »kühlen Kopfes« (ebd.) genannt, den man in Warmzeiten angeblich bewahren soll) unterstreicht die AfD sowohl den der ›Klimahysterie« abgeneigten ›common sense« der ›Mehrheit« als auch die ›Normalität« ihres fossilen Lebensstils. Sie präsentiert sich damit als die einzige wahre Repräsentantin des wahren Volkswillens – eine Kernstrategie des Populismus (vgl. Müller 2016). Während das Verhältnis zwischen moralischer Mehrheit und populistischen Akteuren als echte Repräsentanz im Sinne der Demokratie verkauft wird (vgl. Heinisch/Werner 2019), stellt sich das im Verhältnis der moralischen Minderheit zur politischen Elite anders, nämlich als bloße Interessenvertretung durch Gefälligkeiten wie das EEG dar, die demnach einzig dazu dienen, die Profite der EE-Branche zu steigern.

Mit dieser Forderung nach einer ›vernünftigen« Klima- und Energiepolitik steht die AfD nicht allein. Auch andere Gegner-Organisationen der Energiewende fordern eine andere (oder keine) Energiewende und manche davon bedienen sich populistischer Narrative. Die im Jahr 2013 gegründete Bundesinitiative Vernunftkraft e.V. sieht sich als den Dachverband der Anti-Windkraft-Bewegung in Deutschland. Eigenen Angaben zufolge sind bei Vernunftkraft 800 Bürgerinitiativen sowie deren Landesverbände engagiert. Ziel ist vor allem die Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)

3 Die tatsächlich auch in grünen Milieus beobachtbare Diskrepanz zwischen ökologischem Bewusstsein und nicht immer ökologischem Verhalten wird vom Populismus also in Richtung Verhalten aufgelöst, während etwa die Fridays for Future-Bewegung fordert, das Verhalten auch konsequent am Bewusstsein auszurichten. In beiden Fällen handelt es sich also um die gegenläufige Figur einer immanenten Kritik von Lebensformen (vgl. Jaeggi 2013).

und der Stopp des Ausbaus von Windkraft und Photovoltaik. Die weitere Nutzung von Kohlekraft- und Kernkraftwerken wird dagegen als unerlässlich betrachtet (vgl. Vernunftkraft 2022). Die Argumentationsmuster der Vernunftkraft-Repräsentant:innen stimmen weitgehend mit jenen überein, die von Leugner:innen des menschengemachten Klimawandels (Klimaleugner:innen) und deren Organisationen vertreten werden, obwohl Vernunftkraft beteuert, technologisch neutral und politisch offen zu sein. Vernunftkraft stellt Argumentationshilfen für lokale Protestgruppen bereit und prangert ebenfalls die vorgebliche ›Alternativlosigkeit‹ der herrschenden Energiepolitik an, die im Banne eines ›unbewiesenen‹ Klimawandels dem Volk insbesondere in ländlichen Regionen nur Lasten aufbürdet, ohne auf seine (Protest-)Stimme zu hören.

Während Vernunftkraft sich als Dachorganisation einer sozialen Bewegung versteht, operiert das Europäische Institut für Energie & Klima (EIKE) als Think Tank und legt großen Wert auf seine Wissenschaftlichkeit. Aber die meist emeritierten und/oder fachfremden Wissenschaftler:innen von EIKE halten gegen die überwältigende Mehrheit der Klimaforschung (vgl. Lynas/Houlton/Perry 2021) an ihren festgefügtten Meinungen über angeblich alternative Erklärungen des Klimawandels (z.B. durch natürliche Ursachen wie Sonnenflecken) fest und unterstützen offen (auch populistische) Protestbewegungen. EIKE scheut auch nicht davor zurück, rechtspopulistischen und rechtsextremen Akteuren eine pseudowissenschaftlich verbrämte öffentliche Plattform zu bieten.

Das Vertrauen in die Wissenschaft allgemein ist bei den der AfD nahestehenden Wähler:innen signifikant geringer als im Bevölkerungsdurchschnitt (vgl. Wissenschaftsbarometer 2021). Dabei reicht das Spektrum einer ideologisch bedingten Wissenschaftsablehnung von der Leugnung gewisser Fakten bis hin zur Ablehnung der Wissenschaft als gesellschaftlicher Institution oder gar des politischen Systems (vgl. Rekker 2021). Die auf das Thema Klimawandel bezogene Wissensstrategie rechtspopulistischer Organisationen kann als eine Mischung aus Wissenschaftsskepsis/-feindlichkeit, selektiver Bezugnahme auf Randpositionen und die Inszenierung/Nutzung pseudo-wissenschaftlicher Autoritätsgesten beschrieben werden (vgl. Boecher et al. 2022). Es gibt klare Überschneidungen zu verschwörungsmythischen Vorstellungen, wie sie nicht zuletzt auch im Zuge der Corona-Pandemie deutlich wurden (vgl. Lamberty/Rees 2021; Reusswig/Küpper 2021; Uscinski/Douglas/Lewandowsky 2017).

Insgesamt leugnen rechtspopulistische Akteure mehr oder weniger explizit den anthropogenen Klimawandel und halten die Energiewende für ein Elitenprojekt, das gegen den Willen des Volkes und auf seine Kosten durchgesetzt wird, um den ideologischen Weltansichten urbaner grüner Minderheiten und den Lobby-Interessen der Profiteure der Energiewende dienstbar zu sein. Gegen eine solche »volksfeindliche« Politik ist Widerstand nicht nur erlaubt, sondern geboten. Das populistische Narrativ verwandelt politische Gegner:innen in existenzielle Feinde, und entsprechend radikalisiert sich auch das Repertoire der erlaubten bzw. gebotenen politischen Gegenantworten.

Folgen für das lokale Konfliktgeschehen

Widerstand gegen Infrastrukturprojekte vor Ort ist an sich nichts Ungewöhnliches: Jedes Bauprojekt greift in den gewohnten Ablauf der Dinge ein, ist mit mehr oder weniger starken Unannehmlichkeiten verbunden (Lärm, Dreck, Sperrungen, o.ä.) und verändert die natürliche und soziale Umwelt. Bei Energiewende-Projekten kommt hinzu, dass sie nicht nur einem nationalen, sondern zusätzlich einem globalen Gemeingut dienen sollen, eben dem Klimaschutz. Das erhöht ihre moralische Wertung und mindert die moralische Qualifikation ihrer Gegnerschaft. Gerade hier nimmt der alltagsweltlich wirksame Erklärungsansatz für lokale Proteste – eine deutlich moralische Note an.⁴

Unsere eigenen Forschungen zu lokalen Energiewende-Protesten (vgl. Reusswig et al. 2016) ebenso wie die Ergebnisse anderer (vgl. Boyle et al. 2019; Colell et al. 2022; Devine-Wright 2005; Devine-Wright 2012; Eranti 2017; Hoeft/Messinger-Zimmer/Zilles 2017; Petrova 2016; Wolsink 2006) zeigen jedoch, dass hier Vorsicht geboten ist. NIMBY-Haltungen kommen bei lokalen Protesten durchaus vor. Aber erstens müssen sie nicht zwangsläufig moralisch verwerflich sein: Wer Angst um seine Gesundheit oder den Wertverlust des eigenen Grundstücks hat, äußert – vor allem in einer Marktwirtschaft – keinen moralisch inferioren Standpunkt. Die Frage ist, ob diese Ängste begründet sind. Aus Sicht vieler Protestgruppen sind es aber ganz andere Motive, die sie bewegen: die Sorge um den Naturschutz etwa oder die Landschaftsästhetik. In lokalen Konflikten wird dabei auch um die Deutung dessen gerungen, was als Gemeinwohl gelten darf (vgl. Hoeft/Messinger-Zimmer/Zilles 2017). Der lokale Protest hat also viele Erscheinungsformen und Motive und kann – den Selbstdarstellungen von Vernunftkraft oder EIKE zum Trotz, die das Bild eines sein »Homeland« zurück erkämpfenden Volkes zeichnen – nicht als (rechts-)populistisch klassifiziert werden. Viele Protestgruppen wehren sich sogar ausdrücklich gegen die Vereinnahmung durch rechtspopulistische Akteure.

Lokale Konflikte um Projekte der Energiewende kennen in der Regel sowohl Gegner:innen als auch Befürworter:innen. Zu letzteren können, neben den Projektträger:innen und -betreiber:innen auch Bürger:innen gehören, z.B. aus Bürgerenergiegenossenschaften oder der Landwirtschaft, die Flächen an Betreiber:innen verpachten wollen. Staatliche Stellen sind als Planungs- und Genehmigungsbehörden involviert, die Kommunalpolitik hat in der Regel kaum Gestaltungsmacht, aber wird von lokalen Initiativen als Adressat angesprochen – entweder als potenzieller Beförderer/Ermöglicher oder als potenzieller Verhinderer. Daneben gibt es noch eine mehr oder weniger *schweigende Mehrheit*, Menschen also, die sich bisher noch nicht offen für oder gegen das Projekt positioniert haben, weil sie entweder unentschieden sind oder weil ihre Pro- bzw. Contra-Haltung sich noch nicht in eine aktive Rolle im Konflikt übersetzt hat. Oft ist

4 Als Beschreibungs- und Erklärungsmuster vieler lokaler Proteste hat sich in der Literatur der Begriff NIMBY (Not In My Back-Yard) eingebürgert: NIMBYs sind Menschen, die an sich für eine bestimmte Entwicklung sind oder sogar davon profitieren (z.B. Handynutzung immer und überall), aber die persönlichen Lasten vor Ort dafür nicht aufbringen wollen (z.B. den Sendemast in der direkten Nachbarschaft akzeptieren). Die Erklärungskraft dieses Konzepts wird mittlerweile stark angezweifelt (vgl. Boyle et al. 2019; Erranti 2017; Magnani 2021).

es für die Dynamik eines lokalen Konflikts entscheidend, wem es gelingt, diese schweigende Mehrheit zu mobilisieren.

Gerade auf diese schweigende Mehrheit der nicht direkt am Konflikt Beteiligten zielt die populistische Strategie. Sie bietet zwar auch den Protestakteuren Argumente und Plattformen (etwa wenn lokale Gruppen zu einer AfD-Anhörung in den Bundestag eingeladen werden). Aber es ist der Kern der populistischen Strategie, den (teilweise marginalen) Protest als Ausdruck des Mehrheitswillens in der Region und in ganz Deutschland darzustellen. Vor diesem Hintergrund gibt es mehrere Möglichkeiten, wie der populistische Diskurs auf lokaler Ebene wirksam werden kann:

- a) *Diskursive Radikalisierung der Akteure.* Lokale Protestakteure, die bislang schon aktiv waren, aber noch nicht populistisch argumentiert haben, tun dies neuerdings. Sie übernehmen das populistische Narrativ ganz oder teilweise, um ihren Protest zu begründen. Implikat dieser diskursiven Radikalisierung ist eine Fundamentalisierung der Kritik: Nicht mehr nur dieses Projekt vor Ort, sondern die ganze Energiewende ist schlecht, Ausdruck eines abgehobenen politischen Eliteprojekts etc.
- b) *Aktivierung der schweigenden Contra-Mehrheit.* Menschen, die bislang am Konflikt nicht aktiv beteiligt waren, engagieren sich unter dem Einfluss des populistischen Narratives gegen das Projekt. Entweder, weil sie (a) ihrer bislang eher privat gehaltenen Contra-Einstellung nunmehr auch Taten im Sinne bürgerschaftlichen Protests folgen lassen, oder weil sie (b) ihre ehemalige Indifferenz oder gar Pro-Haltung nunmehr ändern und dann aktiv werden.
- c) *Passivierung der (latent) Pro eingestellten schweigenden Mehrheit.* Ein häufig zu beobachtendes Muster lokaler Konflikte ist, dass Menschen, die der Energiewende und auch dem Projekt gegenüber positiv eingestellt sind, nicht aktiv werden – entweder weil sie es für überflüssig halten, zu beschäftigt sind, oder den offenen Konflikt (vor allem in Dörfern) scheuen. Der lautstarke und populistisch gerahmte Protest führt dazu, dass ihre Mobilisierbarkeit für die Unterstützer-Seite weiter schwindet, nicht zuletzt deshalb, weil sie den Protest zahlenmäßig überschätzen und sich selbst tendenziell als Minderheit sehen.
- d) *Diffamierung/Dämonisierung der Pro-Seite.* Durch eine populistische Rahmung verwandeln sich politische Gegner in Feinde. In diesem Sinne werden die Befürworter des Projekts als ›Andere‹ charakterisiert, die dem ›Wir‹ des guten Volkes feindlich gegenüberstehen, etwa weil sie rein egoistische (z.B. wirtschaftliche) Interessen verfolgen und das lokale Gemeinwohl ›verraten‹. Sie sind die Komplizen der ohnehin rein kommerziell operierenden Betreiber, die von außen kommen. Diese diskursive Schwächung der Pro-Seite trägt zu einer praktischen Isolierung bei, so dass sich auch der Teil der schweigenden Mehrheit, der eher für ein Projekt eingestellt ist, nicht mehr entsprechend zu äußern traut.
- e) *Diffamierung des neutralen Staates.* Staatliche Stellen, die im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben abwägen müssen und Planungen vorantreiben, werden als (lokale, regionale) Vertreter der korrupten Eliten diffamiert, die für die Energiewende verantwortlich zeichnen.
- f) *Homogenisierende Vernetzung.* Der Populismus hat ein Interesse daran, lokale Proteste als Belege und Verstärker seiner grundsätzlichen politischen Diagnose zu sam-

meln und die dort vorhandene politische Energie für seine übergreifenden Ziele zu instrumentalisieren. Daher ist er – über das übliche Maß an Vernetzung ähnlich Gesinnter hinaus – an einer Homogenisierung der Akteure interessiert. Standardisierte Argumente, überall herumreisende »Gegenexperten«, Bustouren zu anderen Initiativen, Mainstreaming von BI-Homepages – all das führt zu einer inhaltlichen Annäherung durch Vernetzung der Initiativen.

Im Ergebnis verschwindet mit der Vielfalt der Protestmotive auch die Vielfalt der lokalen Protestkultur. Insbesondere die vielgescholtene Figur des NIMBY stirbt aus. Denn sie lebte ja davon, dass ein Projekt nur in meinem Hinterhof nicht realisiert werden soll – ansonsten bzw. woanders sind die Betroffenen vielleicht sogar für solche Projekte und die politischen Ziele, die dahinter stehen. Aber im Rahmen von populistischen Narrativen ist eine solche Haltung unmöglich. Das Übel muss an der Wurzel gepackt werden, und die Wurzel heißt Energiewende oder die »sogenannte Klimaschutzpolitik« (Gauland, nach Kamann 2019: o.S.). Aus NIMBYs werden NIABYs (Not in Anyone's Back Yard).

Der Fundamentalisierung (und damit auch: der Homogenisierung) lokaler Konflikte entspricht ihre Radikalisierung. Wer es nicht mehr nur mit Gegner:innen, sondern mit Feinden zu tun hat, der fühlt sich auch zu feindlichen Reaktionen legitimiert. Insbesondere dann, wenn der Feind auch der Aggressor ist, also »angefangen« hat. Gewalt wird von den meisten Menschen abgelehnt, wenn die Gewalt von dem Aggressor ausgeht. Ist er aber das Opfer, leistet er also Widerstand gegen einen ersten Akt der Gewalt, dann wächst das Verständnis – und mit ihm die Bereitschaft, selber Gewalt als Mittel einzusetzen.

Energiewende, Populismus und Demokratie

Rechtspopulistische Diskurse und Akteure haben die Energiewende und den Klimaschutz als Politik- und Propagandafeld für sich entdeckt – sie fokussieren nicht mehr (nur) auf die klassischen Themen der ersten Stunde wie EU-Kritik oder Migration. Bleibt die Frage, wie relevant für das Politikfeld und die Demokratie überhaupt die oben skizzierten populistischen Aktivitäten und Einstellungsmuster sind.

Es gibt zahlreiche Versuche, Populismus in der Bevölkerung zu messen. Die in Deutschland am meisten rezipierte Studie der Bertelsmann-Stiftung nutzt Items, die die Facetten Elitenkritik, Antipluralismus und Volkssouveränität umfassen. Im Jahr 2020 wurden auf dieser Basis 20,9 % der Befragten als populistisch eingeordnet, 2018 waren es noch 32,8 %. Gleichzeitig warnt das Populismus-Barometer vor einer wachsenden Radikalisierung am rechten Rand (vgl. Vehrkamp/Merkel 2020). Die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Studie kommt für den gleichen Zeitraum mit einem ähnlichen Indikator auf 25,3 % populistisch eingestellter Menschen. Als rechtspopulistisch (Fokus dabei: Abwertung gesellschaftlicher Minderheiten, Law-and-Order-Mentalität) können ihr zufolge 13,5 % der Deutschen gelten (vgl. Küpper et al. 2021).

Betrachtet man das Verhältnis von (Rechts-)Populismus einerseits und energie- und klimawandel-bezogenen Einstellungen andererseits, dann wird zunächst deutlich, dass

die Ablehnung der Energiewende bei populistisch eingestellten Menschen mit 29,2 % signifikant stärker ausfällt als bei Menschen, die als nicht-populistisch klassifiziert werden können (13,6 %) (vgl. Reusswig/Küpper/Rump 2021). *Rechts*populistisch eingestellte Menschen glauben sehr viel häufiger als der Durchschnitt, dass Kommunalpolitik und Windkraftlobby unter einer Decke stecken, dass der Windkraftausbau primär der Bereicherung von Lobbygruppen und Politik dient oder dass Studien zum Klimawandel gefälscht sind (vgl. ebd.).

Fragt man nur allgemein nach Zustimmung oder Ablehnung der Energiewende, dann unterschätzt man das populistische Potenzial. Zahlreiche Studien zeigen, dass die Energiewende grundsätzlich von einer großen Mehrheit der Deutschen befürwortet wird. Ende 2021 etwa fanden 83 % der Befragten den Ausbau der Erneuerbaren für wichtig oder sehr wichtig (vgl. AEE 2021). Auch unseren eigenen repräsentativen Bevölkerungsumfragen zufolge befürworten rd. 70 % der Befragten die Energiewende in Deutschland grundsätzlich (vgl. Teune et al. 2021). Aber es sind nur 10 % der Befragten auch mit der konkreten Umsetzung der Energiewende zufrieden. 40 % sind damit unzufrieden, weil sie ihnen z.B. zu schnell oder zu langsam geht, zu teuer oder zu ungerecht ist. Weitere 44 % sind ambivalent, also bei genauerem Hinsehen nur mäßig zufrieden mit entweder der Energiewende allgemein oder ihrer Umsetzung. Der Anteil der Gegner:innen der Energiewende ist unter denjenigen Befragten am höchsten, die sich selbst im politischen Spektrum rechts der Mitte einordnen, die der AfD oder (in geringerem Ausmaß) der FDP nahestehen sowie bei Menschen, die mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland überhaupt nicht zufrieden sind. (vgl. ebd.).

Verschärft wird diese oft verdeckte Unzufriedenheit mit der Energiewende nun durch die Folgen des Ukrainekrieges: Erstens trägt die Suche nach neuen, vor allem aber nach als politisch »erledigt« wahrgenommenen Optionen wie Laufzeitverlängerung von Braunkohle- und Atomkraftwerken zu einer Unschärfe der Zielrichtung der Energiewende und damit zur Verunsicherung bei. Zweitens führen die massiven Preissteigerungen allgemein und speziell bei Energieträgern dazu, dass das rechtspopulistische Opfer-Narrativ von der Energiewende als »zu teuer« und »gegen das Volk« breiter verfangen kann. Seit Jahrzehnten fordern Umweltwissenschaften und Umweltbewegung, die Preise müssten »die Wahrheit sagen« (vgl. Weizsäcker 1989). Die aktuellen kriegsbedingten Preisaufschläge sind politisch und betriebswirtschaftlich, nicht umweltpolitisch bedingt. Aber sie lassen sich rechtspopulistisch sowohl gegen die Energiewende als auch gegen die angeblich zu Ukraine-freundliche Politik der Bundesregierung instrumentalisieren und unterstützen zudem die eher russlandfreundlichen Positionen innerhalb der AfD. In ihrer 9-Punkte-Erklärung zum Ukrainekrieg schreibt die Partei:

»Die Energiewende der etablierten Parteien mit einem gleichzeitigen Ausstieg aus Kohle und Kernkraft hat uns abhängig und verwundbar gemacht. Wir halten an Nord Stream II fest, da diese Erdgasleitung ein wesentlicher Beitrag zu einer verlässlichen, sicheren und günstigen Energieversorgung Deutschlands ist. Wir fordern den Wie-

dereinstieg in die Kernenergie und den Weiterbetrieb moderner Kohlekraftwerke.« (AfD 2022b)⁵

Für den Herbst 2022 hat die AfD zu einer Serie von Protestdemonstrationen in diesem Sinne aufgerufen, sie sollen einen »heißen Herbst« (in der rechtsextremen Szene ist auch von einem »Wutwinter« die Rede) einleiten, der die Anti-Corona-Proteste in den Schatten stellen soll (vgl. Leithäuser 2022).

Wie immer diese aktuelle Konfliktverschärfung durch die Folgen des Ukrainekrieges ausgehen mag: Es stellt sich damit erneut und verschärft die Frage nach dem Verhältnis von Energiewende/Klimapolitik einerseits und Demokratie andererseits. Angesichts der rechtspopulistischen Angriffe auf die deutsche Energiewende besteht aus unserer Sicht die demokratische Herausforderung nicht eigentlich darin, die Energiewende zu »verteidigen«. Dazu neigt man allzu leicht aufgrund eines *Fehlschlusses der unangemessenen politischen Korrektheit*.⁶ Er geht, holzschnittartig formuliert, wie folgt: (1) Der Populismus ist gegen die Energiewende; (2) Wir sind gegen den Populismus; (3) Wir sind für die Energiewende. Um einen Fehlschluss handelt es sich nicht aufgrund von Prämisse (1), sondern aufgrund von Prämisse (2) und der Conclusio (3). Warum und weshalb genau sollte man *gegen den Populismus* sein? Und: Reicht eine solche Gegner:innenschaft – wie immer sie begründet sein mag – aus, um automatisch *für* das vom Populismus angegriffene Objekt (die Energiewende) zu sein? Wir beenden unseren Beitrag mit dem Versuch einer kurzen Antwort auf beide Fragen.

Es gibt aus unserer Sicht hinreichend normative und faktische Gründe, um die ambitionierten klimapolitischen Ziele der Bundesregierung – auf der Grundlage des Pariser Klimaabkommens von 2015 – für richtig zu halten. Im Kern geht es um die Vermeidung irreversibler, katastrophaler Entwicklungen auf dem Planeten (vgl. Kemp et al. 2022). Und damit auch ein Kernziel der Energiewende, nämlich den massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien.⁷ Aber *wie genau* dieser Ausbau erfolgt (Technik, Örtlichkeit), welche politischen Instrumente dabei zum Einsatz kommen und vor allem wie die entstehenden Kosten sozial verteilt werden sollen, ist damit noch nicht gesagt. Unsere These lautet, dass diese Punkte die Menschen zu Recht bewegen, und dass sie

5 Warum Gasimporte aus Russland und Uranimporte aus Russland und seinem Verbündeten Kasachstan Deutschland weniger »abhängig und verwundbar« (AfD 2022b) machen sollen, bleibt das Geheimnis der AfD. Stimmig wird das nur, wenn sich die deutsche Außenpolitik vorweg darauf festlegen sollte, keinen Konflikt mit Russland einzugehen.

6 Diese Begrifflichkeit spielt an auf den Begriff der *fallacy of misplaced concreteness*, den der britische Philosoph A.N. Whitehead 1925 in seinem Buch »Science and the Modern World« (deutsch: Whitehead 1988) kritisiert hat: Die mechanistische Naturphilosophie des 17. und 18. Jahrhunderts nimmt im Ausgang von Newton die gedanklichen Abstraktionen (wie »Massepunkt«) fälschlicherweise als reale physische Erfahrungsobjekte an und blendet damit die tatsächliche Erfahrung von Körpern – unter Einschluss von Facetten wie Farbe oder Klang – aus.

7 Hier ist nicht der Ort, um diese Position hinreichend auszuführen. Es sei nur ergänzt, dass (1) der Atomausstieg aus im engeren Sinne klimapolitischen Gründen nicht zwingend Teil der Energiewende sein müsste, wohl aber aus Nachhaltigkeits- und Risikogründen, und dass (2) der Aspekt des Sparens von Energie (bisweilen als Suffizienz bezeichnet) bei der Fokussierung auf den Ausbau der Erneuerbaren nicht selten zu kurz kommt.

den eigentlichen Kern der politischen Debatten um die Umsetzung der Energiewende darstellen. Oft ist das Leugnen des anthropogenen Klimawandels nur das Deckbild für die Frage, wie eine effektive und zugleich gerechte Klimapolitik aussehen kann – und was das alles für die jeweilige Person bedeutet (vgl. Brulle/Norgaard 2019). In diesem Fall ist es nicht hilfreich, die wissenschaftliche Seriosität der Klimaforschung zu unterstreichen oder auf die möglicherweise katastrophalen Folgen des Klimawandels zu verweisen. Notwendig ist vielmehr eine Debatte um die Machbarkeit und konkrete Ausgestaltung der Energiewende – einschließlich der Frage einer gerechten Nutzen- und Kostenverteilung. Um diese Fragen wird politisch gerungen, und dieses Ringen ist sinnvoll und notwendig (vgl. Hulme 2009). Es nützt daher auch nichts, auf die hohen Zustimmungsraten zur Energiewende ganz allgemein zu verweisen und diese als eine Art gesellschaftlichen Konsens zu interpretieren. Wenn der Streit über den *richtigen* Weg – auch auf lokaler Ebene – nicht wirklich geführt wurde, hat der Verweis auf den gesellschaftlichen *Konsens* über die Ziele der Energiewende, wie er aus Umfragen abzulesen ist, den Charakter eines konflikt-verdeckenden Schein-Konsenses und ist daher als (bestenfalls: gut gemeinte) Ideologie zu bewerten.

Deshalb werden hier Forderungen nach einer *Ausweitung* der demokratischen Debatte (anstelle ihrer Stillstellung) und der Organisation einer demokratischen Streitkultur unterstützt, wie sie z.B. Krüger (2021) und Machin (2020) auf der Grundlage von Ansätzen der Radikalen Demokratietheorie (vgl. Comtesse et al. 2019; Heil/Hetzl 2006) erhoben haben.

Eine »fehlende Bereitschaft zur Austragung von Konflikten um die Priorisierung von Gemeinwohlzielen der Energiewende« (Krüger 2021: 542) – insbesondere auf der lokalen Ebene, wo die Konflikte ausbrechen, lässt sich insbesondere für die bundes- und landespolitische Ebene feststellen. Für die lokal- und regionalpolitische Ebene (Bürgermeister:innen, Landrät:innen, regionale Planungsgemeinschaften) liegt das Problem etwas anders: Hier sind oft einfach die fachlichen und rechtlichen Kompetenzen nicht vorhanden, um die oft thematisch überdeterminierten Debatten mit Bürger:innen zu führen – was zur lokalen Konfliktodynamik ebenso beiträgt wie die kontextuellen Bedingungen (z.B. alte Streitigkeiten wegen Eingemeindung, Gewerbeansiedlung, Verkehrsführung etc.) (vgl. Colell et al. 2022; Reusswig et al. 2016). Die deutsche Energiewende, das zeigen die Debatten dazu noch im hintersten Winkel der Republik, war auch ein gigantisches (Halb-)Bildungsprogramm für die Bevölkerung. In der Regel bieten unsere Planungs- und Beteiligungsprozesse aber nicht den Raum, um die allfälligen Grundsatz- und Detailfragen dazu auszudiskutieren und das oft rasch angeeignete (Halb-)Wissen zurechtzurücken, in den richtigen Kontext zu stellen, Sachfragen von Bewertungen zu trennen etc. Der Lokalpolitik fehlt zudem, wie erwähnt, auch die Kompetenz dazu. Und nicht alle Menschen können nach Berlin fahren, um an den Gestaltungsdebatten in hochkarätig besetzten Expert:innenforen teilzunehmen. Es fehlt in der Tat an den »agonistischen Streiträumen« (vgl. Krüger 2021) vor Ort, die von Bundes- und Landesseite aus dringend geschaffen werden müssten.

Es ist also mit Blick auf das Risiko einer populistischen Mobilisierung der sogenannten schweigenden Mehrheit geradezu kontraproduktiv, einfach nur *für die Energiewende* zu sein und das politische Design derselben und ihre Umsetzung vor Ort auszublenken. Eine demokratische Konfliktkultur erfordert es vielmehr, genau diese Themen

in den Blick zu nehmen und kontrovers zu debattieren. Zumal man nur dann *für die Energiewende* sein kann, wenn man zuvor unabhängig von der eigenen Stellung zum Populismus geprüft hat, wie man deren Politikdesign und lokale Umsetzung selbst beurteilt. Um dieses Politikdesign wird unter Lobby- und Expert:innengruppen heftig gestritten. Vielleicht ist die eine oder andere – auch von Populist:innen geäußerte – Kritik an der Energiewende in ihrer konkreten Gestalt ja einfach auch zutreffend. Der Vorwurf etwa, es handele sich hier um ein Elitenprojekt, ist angesichts des hohen Anteils an Bürgerenergiegenossenschaften und anderer eher dezentraler Akteure beim Ausbau der Erneuerbaren in Deutschland zwar historisch unangebracht. Allerdings wurden die Möglichkeiten für Bürger:innen, sich an der Energiewende (finanziell) zu beteiligen, in den letzten Jahren immer mehr zugunsten großer Energiekonzerne eingeschränkt und erst kürzlich wieder verbessert (vgl. Krug et al. 2022). Es ist also eine empirische und keine Frage der Haltung zum Populismus, ob man das Attribut ›Elitenprojekt‹ für angemessen hält oder nicht.

Dennoch ist die Haltung zum Populismus allgemein und seiner Kritik an der deutschen Klima- und Energiepolitik natürlich wichtig. Ungeachtet sachlich möglicherweise gerechtfertigter Kritikpunkte liegt das Hauptproblem des populistischen energie- und klimapolitischen Diskurses aus unserer Sicht in seiner Fundamentalkritik und in seiner Radikalisierung des Protests. Alle tatsächlichen wie erfundenen Mängel der Energiewende werden einzig und allein dazu in Stellung gebracht, die eigene ablehnende Haltung zu untermauern. Wenn es keinen anthropogenen Klimawandel gibt, stellt sich die Frage nach einer sozial gerecht ausgestalteten Energiewende überhaupt nicht. Und wenn die Befürworter:innen einer konsequenten Klimapolitik zu den grundsätzlich ›korrupten‹ Eliten gehören oder zur ›bösen Minderheit‹, dann lohnt sich der Streit mit ihnen gar nicht. Sie müssen als Feind:innenn bekämpft werden. Und das ist keine Voraussetzung für eine demokratische Konfliktkultur, sondern schon deren Ende. Diese Einschätzung allerdings setzt voraus, dass wir das Demokratie-Kind nicht mit dem Konflikt-Bad ausschütten. Anders gesagt: Nur vor dem Hintergrund des von Krüger (2021) und Machin (2020) kritisierten deliberativen Demokratiemodells, nicht etwa vor dem des von ihnen präferierten »agonistischen Pluralismus« (vgl. Mouffe 2014) lässt sich eine demokratische Konfliktkultur aufbauen, die den Streit ermöglicht und braucht, weil sie sich vorweg auf den Konsens über Streitthemen und allseits akzeptable Verfahren der Entscheidungsfindung (darunter: die Mehrheitsregel nebst Minderheitenschutz) geeinigt hat (vgl. Habermas 1998).

Angesichts der übergreifenden Bedeutung von Energie und einer sauberen und sicheren Energieversorgung für moderne Gesellschaften – dies unterstreicht die Ukraine-Krise erneut sehr deutlich – sind der Erhalt und die Fortentwicklung einer demokratischen Konfliktkultur in diesem Bereich eine Überlebensfrage unserer Gesellschaft. Der Populismus wird hier umso stärker, je weniger eine Gesellschaft in der Lage ist, ihre Energiekonflikte offen, aber auch entscheidungsorientiert auszutragen. Er kann sogar als eine Art ›Frühwarnsystem‹ für tatsächliche Zielkonflikte und Spannungsverhältnisse in der Energiewende (vgl. Kamlage/Engler 2020) fungieren. Aber der Populismus bietet aus sich heraus keine konstruktiven Lösungen für diese Probleme an – im Gegenteil, er unterminiert bereits ihre Formulierung. Darin – und nicht in seiner grundsätzlichen Gegnerschaft gegen die Energiewende – besteht seine

eigentliche Gefahr. Sie lässt sich nur durch mehr, nicht durch weniger Demokratie überwinden.

Literatur

- AEE, Agentur für Erneuerbare Energien (2021): Akzeptanzumfrage 2021: Klimapolitik – Bürger*innen wollen mehr Erneuerbare Energien. Online verfügbar unter: <https://www.unendlich-viel-energie.de/themen/akzeptanz-erneuerbarer/akzeptanz-umfrage/akzeptanzumfrage-2021-klimapolitik-%e2%80%93-buergerinnen-wollen-mehr-erneuerbare-energien>. Zuletzt aufgerufen am 30.08.2022.
- AfD, Alternative für Deutschland (2022a): Grüne stoppen – Umwelt schützen. Online verfügbar unter: <https://www.afd.de/umwelt/>. Zuletzt aufgerufen am 30.08.2022.
- AfD, Alternative für Deutschland (2022b): Positionspapier der AfD-Bundestagsfraktion zum Russland-Ukraine-Krieg. Online verfügbar unter: <https://afdbundestag.de/positionspapier-ukraine-krieg/>. Zuletzt aufgerufen am 30.08.2022.
- Boecher, Michael/Zeigermann, Ulrike/Berker, Lars E./Jabra, Djamilia (2022): »Climate policy expertise in times of populism – knowledge strategies of the AfD regarding Germany's climate package«, in: *Environmental Politics* 31, S. 820-840.
- Bohlken, Eike (2011): *Die Verantwortung der Eliten: Eine Theorie der Gemeinwohlpflichten*, Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Boyle, Kevin J./Boatwright, Jessica/Brahma, Sreeya/Xu, Weibin (2019): »NIMBY, not, in siting community wind farms«, in: *Resource and Energy Economics* 57, S. 85-100.
- Brulle, Robert J./Norgaard, Kari Marie (2019): »Avoiding cultural trauma: climate change and social inertia«, in: *Environmental Politics* 28, S. 886-908.
- Canovan, Margaret (1981): *Populism*, New York: Harcourt Brace Jovanovich.
- Chemnitz, Christine (2018): »Der Mythos vom Energiewendekonsens. Ein Erklärungsansatz zu den bisherigen Koordinations- und Steuerungsproblemen bei der Umsetzung der Energiewende im Föderalismus«, in: Jörg Radtke/Norbert Kersting (Hg.), *Energiewende: Politikwissenschaftliche Perspektiven*, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 155-203.
- Colell, Arwen; Knodt, Michèle; Stoll, Patricia; Kemmerzell, Jörg; Reitz, Sybille; Goshen, Lauren; Ohlhorst, Dörte (2022): *Konflikte und Akteure – Gesellschaftliche Herausforderungen bei der Umsetzung der Stromwende. Ariadne-Hintergrund*, Potsdam: Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Online verfügbar unter https://ariadneprojekt.de/media/2022/01/Ariadne-Hintergrund_Konflikte_und_Akteure_Januar2022.pdf. Zuletzt aufgerufen am 06.09.2022.
- Comtesse, Dagmar/Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska/Nonhoff, Martin (2019): *Radikale Demokratietheorie: Ein Handbuch*, Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Devine-Wright, Patrick (2005): »Beyond NIMBYism: towards an integrated framework for understanding public perceptions of wind energy«, in: *Wind Energy* 8, S. 125-139.
- Devine-Wright, Patrick (2012): *Renewable energy and the public*, London: Routledge.
- Di Nucci, Maria Rosaria/Müschen, Klaus (2018): »Gedächtnis Energiewende-Historie und Zukunft«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 31, S. 88-93.

- Eckert, Michael (1989): »Die Anfänge der Atompolitik in der Bundesrepublik Deutschland«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 37, S. 115-143.
- Eranti, Veikko (2017): »Re-visiting NIMBY: From conflicting interests to conflicting valuations«, in: The Sociological Review 65, S. 285-301.
- Etscheid, Georg (2016): Geopferte Landschaften – Wie die Energiewende unsere Umwelt zerstört, München: Heyne.
- Eversberg, Dennis (2017): Innerimperiale Kämpfe: Der autoritäre Nationalismus der AfD und die imperiale Lebensweise (=Working Paper der DFG-Kollegforscher_in-nengruppe Postwachstumsgesellschaften 7/2017), Jena.
- Fischedick, Manfred (1998): »Zielkonflikte in der Energiepolitik«, in: Jürgen Scheffran/Wolfgang R. Vogt (Hg.), Kampf um die Natur. Umweltzerstörung und die Lösung ökologischer Konflikte, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 196-208.
- Gillingham, John (1991): Coal, Steel, and the Rebirth of Europe, 1945-1955: The Germans and French from Ruhr Conflict to Economic Community, Cambridge: Cambridge University Press.
- Habermas, Jürgen (1998): Faktizität und Geltung – Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Häusler, Alexander (2016): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden: Springer VS.
- Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas (2006): Die unendliche Aufgabe – Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie, Bielefeld: transcript.
- Heinisch, Reinhard/Werner, Annika (2019): »Who do populist radical right parties stand for? Representative claims, claim acceptance and descriptive representation in the Austrian FPÖ and German AfD«, in: Representation 55, S. 475-492.
- Hippokrates (1955): Von der Umwelt. Fünf auserlesene Schriften. Eingeleitet und neu übertragen von Wilhelm Capelle, Zürich, München: Artemis.
- Hoeft, Christoph/Messinger-Zimmer, Sören/Zilles, Julia (2017): Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende – Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking, Bielefeld: transcript.
- Huber, Robert A./Fesenfeld, Lukas/Bernauer, Thomas (2020): »Political populism, responsiveness, and public support for climate mitigation«, in: Climate Policy 20, S. 373-386.
- Huber, Robert A./Maltby, Tomas/Szulecki, Kacper/Ćetković, Stefan (2021): »Is populism a challenge to European energy and climate policy? Empirical evidence across varieties of populism«, in: Journal of European Public Policy 28, S. 998-1017.
- Hulme, Mike (2009): Why we disagree about climate change: Understanding controversy, inaction and opportunity, Cambridge: Cambridge University Press.
- Jaeggi, Rahel (2013): Kritik von Lebensformen, Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Kamann, Matthias (2019): »Die AfD und die »sogenannte Klimaschutzpolitik«, in: Die Welt vom 28.09.2019. Online verfügbar unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article201093000/CO2-Emissionen-Die-AfD-und-die-sogenannte-Klimaschutzpolitik.html>. Zuletzt aufgerufen am 06.09.2022.
- Kamlage, Jan-Hendrik/Engler, Steven (Hg.) (2020): Dezentral, partizipativ und kommunikativ. Zukunft der Energiewende, Nordhausen: Verlag Traugott Bautz.

- Kemp, Luke/Xu, Chi/Depledge, Joanna/Ebi, Kristie L./Gibbins, Goodwin/Kohler, Timothy A./Rockström, Johan/Scheffer, Marten/Schellnhuber, Hans J./Steffen, Will/Lenton, Timothy M. (2022): »Climate Endgame: Exploring catastrophic climate change scenarios«, in: *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America* 119, e2108146119.
- Kitschelt, Herbert (1980): *Kernenergiepolitik: Arena eines gesellschaftlichen Konflikts*, Frankfurt/New York: Campus.
- Krause, Florentin/Bossel, Hartmut/Müller-Reißmann, Karl-Friedrich (1980): *Energiewende. Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran*, Frankfurt a.M.: Fischer-Verlag.
- Kraushaar, Wolfgang (2020): »Protest im ersten Jahrzehnt der Bundesrepublik«, in: Sabine Mecking (Hg.), *Polizei und Protest in der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 29-41.
- Krug, Michael/Di Nucci, Maria Rosaria/Caldera, Matteo/De Luca, Elena (2022): »Mainstreaming Community Energy: Is the Renewable Energy Directive a Driver for Renewable Energy Communities in Germany and Italy?«, in: *Sustainability* 14, S. 7181.
- Krüger, Timmo (2021): »Energiekonflikte und Demokratiekrise. Eine radikaldemokratische Perspektive auf das Ringen um Gemeinwohlziele der Energiewende«, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 31, S. 539-563.
- Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm/Zick, Andreas/Rump, Maike (2021): »Volkes Stimme – antidemokratische und populistische Einstellungen«, in: Zick/Küpper, *Die geforderte Mitte*, S. 43-74.
- Lamberty, Pia/Rees, Jonas H. (2021): »Gefährliche Mythen: Verschwörungserzählungen als Bedrohung für die Gesellschaft«, in: Zick/Küpper, *Die geforderte Mitte*, S. 283-300.
- Leithäuser, Johannes (2022): »AfD kündigt ›heißen Herbst‹ an«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 23.08.2022. Online verfügbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-plant-heissen-herbst-mit-woechentlichen-demonstrationen-18263719/plant-einen-heissen-herbst-18264454.html>. Zuletzt aufgerufen am 06.09.2022.
- Lewandowsky, Marcel (2017): »Was ist und wie wirkt Rechtspopulismus?«, in: *Bürger & Staat* 67, S. 4-11.
- Lorenz, Robert (2011): *Protest der Physiker: Die »Göttinger Erklärung« von 1957*, Bielefeld: transcript.
- Lynas, Mark/Houlton, Benjamin Z./Perry, Simon (2021): »Greater than 99 % consensus on human caused climate change in the peer-reviewed scientific literature«, in: *Environmental Research Letters* 16, 114005.
- Machin, Amanda (2020): »Democracy, disagreement, disruption: agonism and the environmental state«, in: *Environmental Politics* 29, S. 155-172.
- Magnani, Natalia (2021): »Civil Society and Conflicts Over Renewable Energies Beyond the NIMBY Syndrome«, in: Natalia Magnani/Giovanni Carrosio (Hg.), *Understanding the Energy Transition. Civil society, territory and inequality in Italy*, Cham: Palgrave Macmillan, S. 27-52.
- Mez, Lutz (1997): »Energiekonsens in Deutschland? Eine politikwissenschaftliche Analyse der Konsensgespräche – Voraussetzungen, Vorgeschichte, Verlauf und Nach-

- geplänkel«, in: Hans-Günter Brauch (Hg.): *Energiepolitik*, Heidelberg: Springer, S. 433-448.
- Mouffe, Chantal (2014): *Agonistik: die Welt politisch denken*, Berlin: Suhrkamp.
- Mudde, Cas (2004): »The populist zeitgeist«, in: *Government and Opposition* 39, S. 541-563.
- Mudde, Cas/Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2012): *Populism in Europe and the Americas. Threat or Corrective for Democracy?*, Cambridge: University Press.
- Müller, Jan-Werner (2016): *Was ist Populismus? – Ein Essay*, Berlin: Suhrkamp.
- Ostiguy, Pierre/Casullo, María Esperanza (2017): *Left versus right populism: antagonism and the Social Other*. Online verfügbar unter: https://www.psa.ac.uk/sites/default/files/conference/papers/2017/Ostiguy%20and%20Casullo_o.pdf. Zuletzt aufgerufen am 06.09.2022.
- Pepe, Jacopo Maria (2022): *Der Ukraine-Krieg und seine Folgen: Deutschland muss seine Energietransformation neu austarieren*. Online verfügbar unter: <https://www.swp-berlin.org/publikation/der-ukraine-krieg-und-seine-folgen-deutschland-muss-seine-energietransformation-neu-austarieren>. Zuletzt aufgerufen am 30.08.2022.
- Petrova, Maria A. (2016): »From NIMBY to acceptance: Toward a novel framework – VESPA – For organizing and interpreting community concerns«, in: *Renewable Energy* 86, S. 1280-1294.
- Pfahl-Traughber, Armin (2019): *Die AfD und der Rechtsextremismus – Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Perspektive*, Wiesbaden: Springer VS.
- Priester, Karin (2012): *Rechter und linker Populismus: Annäherung an ein Chamäleon*, Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Priester, Karin (2017): *Das Syndrom des Populismus*. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240833/das-syndrom-des-populismus>. Zuletzt aufgerufen am 30.08.2022.
- Radkau, Joachim (1983): *Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft: 1945-1975; verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Radtke, Jörg/Canzler, Weert/Schreurs, Miranda A/Wurster, Stefan (Hg.) (2019): *Energiewende in Zeiten des Populismus*, Wiesbaden: Springer VS.
- Rekker, Roderik (2021): »The nature and origins of political polarization over science«, in: *Public Understanding of Science* 30, S. 352-368.
- Reusswig, Fritz/Braun, Florian/Heger, Ines/Ludewig, Thomas/Eichenauer, Eva/Lass, Wiebke (2016): »Against the wind: Local opposition to the German Energiewende«, in: *Utilities Policy* 41, S. 214-227.
- Reusswig, Fritz/Küpper, Beate (2021): »Wächst jetzt zusammen, was zusammengehört? Klima- und Corona-Krise als neue Reallabore rechter Akteursallianzen«, in: *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit* 5, S. 62-80.
- Reusswig, Fritz/Küpper, Beate/Lass, Wiebke/Bock, Seraja/Schatzschneider, Julia (2021): *Populismus und Energiewende (=DEMOKKON Research Paper I)*. Online verfügbar unter: https://demokon.de/files/downloads/demokon_rp1.pdf. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.

- Reusswig, Fritz/Küpper, Beate/Rump, Maike (2021): »Propagandafeld Klima«, in: Zick/Küpper, Die geforderte Mitte, S. 262-282.
- Reusswig, Fritz/Lass, Wiebke/Bock, Seraja (2020): »Abschied vom NIMBY: Transformationen des Energiewende-Protests und populistischer Diskurs«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 33, S. 140-160.
- Rucht, Dieter (2017): »Rechtspopulismus als soziale Bewegung«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 30, S. 34-50.
- Schaller, Stella/Carius, Alexander (2020): *Convenient Truths. Mapping Climate Agendas of Right-Wing Populist Parties in Europe*, Berlin: adelphi.
- Schubert, Klaus von (2010): *Wiederbewaffnung und Westintegration: die innere Auseinandersetzung um die militärische und aussenpolitische Orientierung der Bundesrepublik 1950-1952*, Berlin: Walter de Gruyter.
- Sommer, Bernd/Schad, Miriam/Humpert, Franziska A./Christian, Möstl (2022): *Rechtspopulismus vs. Klimaschutz?*, München: oekom verlag.
- Sturm, Georg (2020): »Populismus und Klimaschutz. Der AfD-Klimadiskurs«, in: *Soziologiemagazin* 13, S. 13-14.
- Teune, Simon/Rump, Maike/Küpper, Beate/Schatzschneider, Julia/Reusswig, Fritz/Lass, Wiebke (2021): *Energiewende?-ja! Aber...: Kritik und Konflikte um die Energiewende im Spiegel einer Bevölkerungsbefragung (=DEMOKON Research Paper II)*. Online verfügbar unter: https://publications.pik-potsdam.de/rest/items/item_26000_3/component/file_26004/content. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Uscinski, Joseph E./Douglas, Karen/Lewandowsky, Stephan (2017): »Climate Change Conspiracy Theories«, in: H. v. Storch (Hg.), *Oxford research encyclopedia of climate science*, New York: Oxford University Press. Online verfügbar unter: <https://doi.org/10.1093/acrefore/9780190228620.013.328>. Zuletzt aufgerufen am 06.09.2022.
- Vehrkamp, Robert/Merkel, Wolfgang (2020): *Populismusbarometer 2020 – Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2020*, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Vernunftkraft (2022): *Vernunftkraft. Bundesinitiative für vernünftige Energiepolitik*. Online verfügbar unter: <https://www.vernunftkraft.de/>. Zuletzt aufgerufen am 30.08.2022.
- Weingart, Peter/Engels, Anita/Pansegrau, Petra (2002): *Von der Hypothese zur Katastrophe. Der anthropogene Klimawandel im Diskurs zwischen Wissenschaft, Politik und Massenmedien*, Opladen: Leske + Budrich.
- Weizsäcker, Ernst-Ulrich von (1989): *Erdpolitik*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Westphal, Kirsten (2022): *Energiepolitisch gespalten. Die Zeichen stehen auf Konkurrenz*. Online verfügbar unter: <https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/energiepolitisch-gespalten-5999/>. Zuletzt aufgerufen am 30.08.2022.
- Whitehead, Alfred N. (1988): *Wissenschaft und moderne Welt*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Wissenschaftsbarometer (2021): *Detaillierte Ergebnisse des Wissenschaftsbarometers 2021 nach Subgruppen*. Online verfügbar unter: <https://www.wissenschaft-i>

m-dialog.de/projekte/wissenschaftsbarometer/wissenschaftsbarometer-2021/. Zuletzt aufgerufen am 30.08.2022.

Wolf, Ingo/Fischer, Anne-Kathrin/Huttarsch, Jean-Henri (2021): Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Energie-und Verkehrswende 2021: Kernaussagen und Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse, Potsdam. Online verfügbar unter https://snb.ariadneprojekt.de/sites/default/files/medien/dokumente/soziales_nachhaltigkeitsbarometer_2021.pdf. Zuletzt aufgerufen am 06.09.2022.

Wolsink, Maarten (2006): »Invalid theory impedes our understanding: a critique on the persistence of the language of NIMBY«, in: Transactions of the Institute of British Geographers 31, S. 85-91.

Zick, Andreas/Küpper, Beate (2021): Die geforderte Mitte: rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Bonn: J.H.W. Dietz.